

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Łódź, Petrikauer Straße 109

Telephon 136-90 — Postfach-Konto 600-844

Katowice, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4. Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Die Gewerkschaften warnen vor der imperialistischen und totalistischen Aggressivität

Oslo, 19. Mai. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat in Oslo zu einer Tagung zusammen. In seiner Eröffnungsansprache ging der Vorsitzende der Gewerkschaftsinternationale Sir Walter Citrine auf die Weltwirtschaftslage und auf die internationale politische Situation ein.

Der Vorsitzende des IGB Citrine gab bekannt, daß die Gesamtmitgliedszahl der dem IGB angegliederten Verbände 20 Millionen erreicht hat, was um so bemerkenswerter ist, als in den letzten Monaten ein Rückgang der Produktion und des Handels eingetreten ist. Dieser Rückgang bringt neue Befürchtungen einer neuen Zunahme der Arbeitslosigkeit mit sich. Der internationale Gewerkschaftsbund akzeptiert keineswegs die Lehre, daß die Arbeitslosigkeit und die wiederkehrenden Wirtschaftskrisen unabwendbar sind. Auch unter dem kapitalistischen Regime besteht genügend Anpassungsfähigkeit, um die schlimmsten Folgen der Wirtschaftskrise zu überwinden.

Zu der internationalen politischen Situation führte der Vorsitzende des IGB aus, daß sich der Stand der Dinge allmählich immer mehr verschlechtert und daß sich rasch Kriegsgewölke zusammenballen. Im Fernen Osten hat der Angriff der Japaner auf das chinesische Volk in der ganzen Welt Schrecken erregt. In Europa sind die Diktatoren in der Durchführung ihrer Offensivpläne immer Kühner geworden. Oesterreich wurde von Deutschland angefallen und nunmehr ist die Tschechoslowakei in höherem Maße bedroht denn je seit ihrer Gründung. Ich würdige die Notwendigkeit, erklärte Citrine, daß die deutsche Frage einvernehmlich geregelt werde, doch gibt es eine Grenze, über welche hinaus die Zugeständnisse

nicht gehen können und ich hoffe, daß die beiden Regierungen, die britische und die französische, in ihren Ratschlägen, welche sie der tschechoslowakischen Regierung erteilen, dessen eingedenk sein werden.

Früher oder später werden die demokratischen Staaten im eigenen Interesse genötigt sein, der Aggressivität Halt zu gebieten. Wenn der Augenblick der Kriegsgefahr gekommen sein wird, wird er sehr drohend sein. Man sollte anerkennen, daß es nutzlos ist, die Regierungen zu Entschlossenheit aufzufordern, wenn sie nicht vorbereitet und gerüstet sind, Angriffe zurückzuweisen. Die Tendenz der Völker, ihre Zuflucht zur Isolierung zu nehmen und sich auf die kollektive Sicherheit nicht zu verlassen, ist eine beklagenswerte Erscheinung, welche den Diktatoren geradezu in die Hände arbeitet.

Ablehnung der Bedingungen der sowjetrussischen Gewerkschaften

Oslo, 19. Mai. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat die bekannten Bedingungen der sowjetrussischen Gewerkschaftszentrale, von deren Annahme der Anschluß der sowjetrussischen Gewerkschaften an die Gewerkschafts-Internationale abhängig gemacht worden ist, mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Nach dieser Abstimmung wurde ein Antrag der Vertreter Hollands, der Schweiz, der Vereinigten Staaten, Belgiens und Polens, der den Abbruch der Verhandlungen mit den sowjetrussischen Gewerkschaften verlangt, mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Minderheit hat für den Antrag des französischen Delegierten, der die Fortsetzung der Verhandlungen verlangte, gestimmt.

Rom drückt auf Paris

Unterbrechung der französisch-italienischen Besprechungen

Paris, 19. Mai. Die französische Presse stellt heute offen fest, daß die französisch-italienischen Besprechungen unterbrochen sind.

Am Montag hat die französische Regierung durch ihren Geschäftsträger in Rom dem italienischen Außenminister das Programm der Einzelbesprechungen überreichen lassen, doch habe der Geschäftsträger bisher keine Antwort erhalten und es heißt, daß der italienische Außenminister das Programm immer noch studiere.

Die am Mittwoch erfolgte Hilfsdemonstration des britischen Botschafters beim italienischen Außenminister hat vorläufig noch kein sichtbares Ergebnis gezeitigt; trotzdem erwartet man einen Erfolg der englischen Vermittlung. Der englische Botschafter hat dem italienischen Geschäftsträger über das Ergebnis der Unterredung berichtet.

Man ist sich in Paris bewußt, daß die entgegengekehrte Einstellung Frankreichs und Italiens zur Spanien-Frage die Ursache der italienischen Verzögerungstaktik ist. Dies wurde schon aus Mussolinis Rede in Genua ersichtlich und jetzt erklärt dies auch die italienische Presse ganz offen.

Der „Petit Parisien“ bemerkt: Mussolini hat England Zusicherungen über den Abzug der Freiwilligen und des italienischen Kriegsmaterials gegeben. Soll Frankreich die gleichen Zusicherungen verlangen? Die französische Regierung ist bereit, von neuem die Land- und Seekontrolle der spanischen Grenzen zu akzeptieren, wo die Evakuierung der ausländischen Freiwilligen erfolgt, und zwar auf beiden Seiten. Mussolini hat sich aber

bisher nicht bereit gezeigt, dieses Versprechen zu erneuern. er glaubt, es genüge, wenn er es England gegenüber gegeben hat.

Rom, 19. Mai. Die italienische Presse erklärt zur Unterbrechung der französisch-italienischen Besprechungen, für die man Frankreich verantwortlich macht, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nur bei einer völligen Aenderung der französischen Haltung gegenüber Spanien möglich sei.

London, 19. Mai. Die Neuter-Agentur meldet: In London ist man ernstlich beunruhigt über das Ausbleiben eines Fortschritts in den französisch-italienischen Besprechungen, wahrscheinlich wegen der spanischen Frage. Man befürchtet, daß dies eine Verzögerung der Rückziehung der „Freiwilligen“ aus Spanien herbeiführen kann und dadurch auch eine Vertagung des Inkrafttretens des englisch-italienischen Abkommens.

London, 19. Mai. Man rechnet in London damit, daß der Nichteinmischungsausschuss in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten werde.

Die Botschafter Frankreichs und Belgiens haben am heutigen Donnerstag den Vorsitzenden des Nichteinmischungsausschusses Lord Plymouth aufgesucht, um mit ihm die Frage der Zurückziehung der „Freiwilligen“ aus Spanien zu besprechen.

Lord Plymouth hatte auch eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Sachen der Prozedur für die Zurückziehung der ausländischen Kämpfer aus Spanien.

Nationale Verständigung eine historische Aufgabe

Der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei Benzel Jalsch, hielt in Brünn einen überaus bemerkenswerten Vortrag über die Notwendigkeiten der nationalen Verständigung, den wir in seinen Grundzügen nachstehend wiedergeben:

Die Ausruhmung der Volksgrenzen als Staatsgrenzen bedeutet in Europa ewigen Krieg. Besonders in Zentraleuropa konnte seit 2000 Jahren keine Lösung gefunden werden, innerhalb derer Volksgrenzen und Staatsgrenzen zweckmäßig übereinstimmen. An den Dämmern der Sudetengebirge beginnt ein Völkergemisch, welches sich bis zum Schwarzen und zum Ägäischen Meer hin ausbreitet. In dieser Zone ist der übernationale Staat das einzig mögliche Ordnungsprinzip. An den Verkennung dieser Tatsache sind Großungarn, Alt-Oesterreich und das Osmanische Reich gescheitert. Auch Rußland hat seine wertvollen Westprovinzen verloren, weil der großrussische Zarismus die Kraft der baltischen Völker und des aufstrebenden Polenlums nicht in Rechnung stellte. Unter diesem Aspekt wollen wir das tschechisch-judentendische Problem betrachten.

Die Firmierung der Tschechoslowakei als Nationalstaat war unserer Meinung nach ein schwerer Fehler der tschechischen Politik. Das Nationalstaatsprinzip ist weder in den Ideen Masaryks noch nach den Grundsätzen der demokratischen Verfassung gerechtfertigt. Es ist künstlich in die Staatschöpfung hineingerettet worden. Aus dem Faktum des gemischtnationalen Staates wurden nicht die staatspolitischen Konsequenzen gezogen. Masaryk empfand ständig den Mangel einer positiven Lösung unserer inneren Nationalitätenprobleme und er hat in seinen Rundreden unermüdlich darauf hingewiesen, ohne aber ein praktisches Echo zu finden.

Eine logische Folge dieses Zustandes war, daß der deutsche Aktivismus in defensiver Position kämpfen mußte und nach der Okkupation Oesterreichs bis auf die Gefinnungskaders der deutschen Sozialdemokratie dezimiert wurde. Wir haben unermüdlich die Anschauung vertreten, daß die Ueberwindung der Nationalstaatskonzeption eine Voraussetzung erfolgreicher deutscher Staatspolitik darstellt. Seit Jahren kämpfen wir für die Durchsetzung eines übernationalen Staatsbegriffes. Dabei sind wir auf einen gefährlichen Relativismus im tschechischen politischen Denken gestoßen. Der Hinweis auf die weit schlechtere Lage deutscher Minderheiten in anderen Ländern mochte gegenüber einer feindseligen Auslandspropaganda berechtigt sein, bedeutete aber, die moralische Sendung eines demokratischen Staates auf eine Vergleichsbasis mit der Amoralität faschistischer und hitlerfaschistischer Staaten zu stellen. Auch mit der üblichen Formel „Wir haben den Deutschen mehr gegeben, als ihnen gebührt“ ist die deutsche Bevölkerung als Objekt der Staatspolitik charakterisiert worden. Diese Argumentation ging an den Lebensproblemen des Staates vorbei. Das Lebensproblem des Staates besteht in der Aufgabe, die Staatsbejahung der Deutschen als freiwilliges Bekenntnis zu erzielen.

Wir wollen loyal anerkennen, daß die soziale Depression der Nachkriegszeit die ökonomischen Reibungsflächen zwischen Deutschen und Tschechen vergrößerte. Der überall mit Erbitterung geführte Kampf um den Arbeitsplatz nahm bei uns eine nationale Färbung an. Struktur und Funktion des tschechischen Parteiwesens hatte eine Zurückziehung des deutschen Elements im öffentlichen Dienste zur Folge. So ist im deutschen Lager eine nationalistische Betrachtung der sozialen und wirtschaftlichen Zeitprobleme vorgegedrungen. Dies bedeutete eine Schwächung der sozialen Fortschrittsfront und schließlich die Lähmung des sozialen und ökonomischen Fortschritts durch nationale Konflikte. Es gibt nur eine Lösung des Arbeitsplatzproblems und sie besteht darin, genügend Arbeitsplätze für alle Staatsbürger zu sichern. Keine isolierte nationalpolitische Lösung ist möglich, ohne eine moderne Konzeption der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Dazu brauchen wir eine gemeinsame Staatskonzeption der Tschechen und Sudetendeutschen. Die Kräfte beider Völker müssen in die gleiche Richtung gelenkt werden. Dazu ist die Bejahung eines einigenden Prinzips erforderlich. Dieses einigende Prinzip kann nur die Demokratie sein, denn die Totalität ist ein völkertrennendes Prinzip. Deshalb ist die Partei Henleins im historischen Sinne bereits verspielt. Dies wage ich auf dem Höhepunkt seiner zahlenmäßigen Erfolge zu sagen, weil er in diesen Völkern nicht ein einigendes, sondern ein trennendes Prinzip hineingetragen hat. Eine Politik des ausschließlichen Herrschaftsanspruches ist dazu verurteilt, in die Kollision mit der Staatsgewalt zu geraten, oder an die Schranken des benachbarten Volkstums zu stoßen, das im gleichen historischen Lebensraum verwurzelt ist. Henleins Strategie ist rein außenpolitisch angelegt, und kann nur im Rahmen einer nazifisch-imperialistischen Mitteleuropa-Konzeption entschieden werden. Ob diese Konzeption zum Zuge kommt, wird nicht nur von Moskau und Berlin, sondern ebenso sehr von Paris und London, von Rom, Warschau und Moskau abhängen.

Es geht jetzt darum, ob die tschechoslowakische Demokratie kapitulieren soll vor dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch in Mitteleuropa, oder ob sich die Ansprüche der SDP in das System der tschechoslowakischen Demokratie einfügen lassen. Ich sehe beim tschechischen Volk und unter unseren deutschen sozialistischen Republikanern keine Bereitschaft zur Kapitulation, ich sehe aber eine ehrliche Bereitschaft breiter Schichten des tschechischen Volkes zu einer demokratischen Lösung der nationalen Frage. Nun kommt alles darauf an, ob die demokratischen Kräfte des Landes den Mut zu großzügigem Handeln finden. Wir wollen es offen sagen: ohne einen sichtbaren Bruch mit der Nationalstaats-tradition geht es nicht.

Alle Möglichkeiten für eine konstruktive, demokratische Lösung sind noch offen. Sie kann nur in einer Verbindung wirtschaftlicher und sozialer Aufbauarbeit mit gerechter Nationalitätenpolitik und entschlossener demokratischer Selbstbehauptung bestehen. Unser demokratisches Konzept strebt die Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Völker auf die besonderen historischen und geographischen Voraussetzungen des Landes vor.

Der deutsch-sozialistische Friedensplan beruht auf vier Grundsätzen:

1. Garantierte Proportionalität im Sektor der staatlichen Zentralverwaltung und der Landesverwaltung.
2. Nationale Sektionierung der Sachverwaltung im Landesmaßstab.
3. Ausbau des Regionalismus als Organisationsprinzip der wirtschaftlich sozialen Lokalverwaltung.
4. Sprachliche Gleichberechtigung.

Mit einer solchen Regelung könnten wir vor der demokratischen Welt bestehen. Von dieser Basis aus wollen wir den Kampf um die Staatsbejahung der Deutschen erneut aufnehmen. Wir würden damit ein europäisches Beispiel geben. Der Ausweg aus dem europäischen Nationalitätenstreit liegt nicht im relativen, sondern im absoluten Minderheitenrecht. Es geht darum, der Lebensberechtigung auch der kleineren Völkern Anerkennung zu verschaffen, ob es sich nun um die Schweizer Rumänen handelt, um unsere polnische Minderheit, um die kaukasische Serben, oder um die Deutschen in Südtirol.

Ab 25. Mai Gefahrenzone!

Schweizer Blätter entnehmen wir folgende Nachricht:

Unmittelbar nach der Rückkehr aus Rom hat Hitler eine Sitzung des Geheimen Kabinettsrates abgehalten, in der er folgende Anweisungen gegeben hat:

1. Bis zum 25. Mai sind alle organisatorischen Vorbereitungen so zu treffen, daß vom 25. Mai ab förmlich die allgemeine Mobilmachung reibungslos begonnen werden kann.
2. Alle aktiven Streitkräfte sind ab 25. Mai zur sofortigen Einsatzbereitschaft zu halten, und die Neuverteilung des Reserveoffizierkorps hat bis dahin beendet zu sein.
3. Die SS-Verfügungstruppe, die sogenannten Totenkopfverbände (also die Elitegruppe der SS), die etwa 50000 Mann Friedensstärke umfaßt und nach den Ausführungen Himmlers vor der Wehrmacht im Kriegsfall für den Kriegsschauplatz in Innerdeutschland bestimmt ist, ist bis zum 25. Mai auf volle Kriegsstärke (100 000 Mann) zu bringen.
4. Die für den Kriegsfall vorgesehenen Maßnahmen gegen politische Straf- und Schutzhaftgefangene sind sofort in Gang zu setzen. Sie werden sofort in den Spezialabteilungen einiger Konzentrationslager konzentriert, und irgendwelche Entlassungen nach Verbüßung der Straf- oder Schutzhaft finden nicht mehr statt.

Vor den Wirtschaftskabinetten in Frankreich

Paris, 19. Mai. Der französische engere Ministerrat trat heute zusammen, um den zweiten Teil der Regierungsverordnungen zu besprechen, die der Belebung der Wirtschaft und der Ausbreitung der industriellen Erzeugung dienen sollen.

Die Chinesen im Rückzug Sutschau von den Japanern befehlt

Schanghai, 19. Mai. Die große Schlacht um den Besitz der Stadt Sutschau, dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt und Schlüssel der gesamten mittelmittelchinesischen Front an der Lunghai-Bahn konnten die Japaner nunmehr für sich entscheiden. Nach tagelangen Großkämpfen, die an Opfern sehr groß waren, denn die Chinesen verteidigten jeden Fußbreit Boden in zähestem Widerstand, sind die Japaner in die Stadt Sutschau eingedrungen. Nach erbitterten Straßenkämpfen seitens der chinesischen Nachhut wurde die Stadt, die von japanischen Fliegern in den letzten Tagen so heftig bombardiert worden war, daß sie zum Teil einen Flammenmeer gleich, am heutigen Donnerstag erobert.

Im Sutschau-Raum waren etwa 250 000 Mann chinesischer Truppen konzentriert. Der Großteil dieser Armee hat, um der Einkreisung zu entgehen, rechtzeitig den geordneten Rückzug in der noch offenen Lücke im Südosten und Süden angetreten.

Der Rückzug der Reste der Verteidigungsarmee erfolgte am Donnerstag nach Südosten in Richtung auf die Provinz Anhwei. Diese Truppen wurden von tieffliegenden japanischen Geschwadern aus Maschinengewehren beschossen.

Die Bedeutung der Eroberung von Sutschau ist, wie von japanischer Seite hervorgehoben wird, sehr groß. Sie leitet einen neuen Abschnitt des Feldzuges ein. Die Japaner sind im Besitz aller Knotenpunkte der Eisenbahnlinien, die von Tientsin bis fast nach Hongkong führen. Damit ist, wie die Japaner erklären, die Möglichkeit einer Vereinigung der „autonomen“ chinesischen Regierungen von Nord- und Mittelschina gegeben.

Die Japaner werden jetzt wahrscheinlich ihre Ope-

rationen in Richtung Kailjeng und Santau aufnehmen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dies sofort geschehen wird, denn die Japaner müssen zunächst einmal erst das Hinterland besetzen.

Bei Tajertschwang und Lautscheng hat sich der rechte Flügel der chinesischen Truppen vom Gegner losgelöst und ist auf den Kaiserkanal zurückgegangen, während die japanischen Truppen langsam nachrücken. An der Westpeiping-Front halten die schweren Kämpfe ohne wesentliche Veränderungen an.

Die japanischen Operationen an der chinesischen Südküste

Schanghai, 19. Mai. Die Zusammenziehung von sieben japanischen Transportern und 12 japanischen Kriegsschiffen bei der Sanchow-Insel in der Nähe der portugiesischen Kolonie Macao erweckt den Anschein, daß die Japaner neue Truppenlandungen beabsichtigen. Vermutlich ist diesmal ihr Ziel die Lappa-Insel, rund 16 Kilometer südlich von Macao. Die Landung dürfte wahrscheinlich unter gleichzeitiger Bombardierung der Boccatigris-Forts an der Mündung des Kanton-Flusses erfolgen.

Zugzusammenstoß in China

100 Tote, 200 Verletzte.

Hongkong, 19. Mai. In der Nacht zum 16. Mai kam es auf der Eisenbahnlinie Kanton-Hankau zu einem Zugzusammenstoß. Das Unglück geschah etwa 70 Kilometer nördlich von Tchangfa. Aus den Trümmern wurden über 100 Leichen geborgen. Die Ursache des Unglücks ist bisher unermittelt. Einige Eisenbahnangestellte werden verhaftet und der Verkehr auf der Linie eingestellt.

Polnische Boykottandrohung in Danzig

Wie die in Danzig erscheinende „Gazeta Gdanaska“ berichtet, wird der polnische Wirtschaftsverband in Danzig eine Boykottaktion gegen die deutschen Kaufleute in Danzig durchführen. Der Verband habe, so schreibt das Blatt, nicht die Absicht, tatenlos zuzusehen, wie die polnischen Geschäfte veröden. Man dürfe nicht zu hoffen, daß der polnische Besitzstand verringert wird. Man könne jedoch Anstrengungen zur Belebung der polnischen Geschäfte nicht auf die deutsche, sondern auf die polnische Rundschau richten. Eine intensive Propaganda müsse dafür sorgen, daß für jeden ausfallenden deutschen Kunden zwei polnische Kunden gewonnen werden. Der polnische Wirtschaftsverband werde seine Mitglieder über die Fortschritte seiner Propagandaaktion auf monatlichen Versammlungen und durch Rundschreiben informieren.

Das Organ der Danziger NSDAP, der „Danziger Vorposten“ schreibt dazu, daß angesichts der verschwindend geringen Zahl der in Danzig lebenden Polen diese Boykottaktion kaum einen Schaden anrichten könnte.

Wieder arbeiterteiliche Kritik an Englands Außenpolitik

London, 19. Mai. Auf Antrag der Labour Party fand in den späten Abendstunden des Donnerstag eine kurze außenpolitische Aussprache im Unterhaus statt.

Der arbeiterteiliche Abgeordnete Wedgwood Benn übte eine überaus scharfe Kritik an der Außenpolitik der Regierung Chamberlain, insbesondere die Haltung der englischen Regierung zur Eroberung Abessinien und zur spanischen Angelegenheit. Für die Regierung antwortete Schatzkanzler Sir John Simon, der u. a. erklärte, England habe das Recht, von sich aus zu entscheiden, ob es die italienische Eroberung Abessinien anerkennen wolle oder nicht; Italien habe im Laufe der Verhandlungen für das englisch-italienische Abkommen Zusicherungen und Versprechungen gegeben, die voll erfüllt worden seien.

Durch die Annahme eines von regierungsteilicher Seite eingebrachten Verantrages mit 180 gegen 95 Stimmen wurde die Aussprache abgebrochen.

Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hat ihren ordentlichen Parteitag für den 21. und 22. Mai 1938 nach Basel einberufen.

Zum Punkt politische Lage legt der Parteivorstand eine Erklärung zur Innenpolitik und Thesen zur Außenpolitik dem Parteitag vor. Diese Thesen zur Außenpolitik erklären sich unter anderem für die Rückkehr der Schweiz zur umfassenden Neutralität. Ein Antrag der Minderheit des Parteivorstandes betont demgegenüber das Bestreben zur kollektiven Sicherheit und lehnt die Forderung nach umfassender Neutralität ab. Sowohl Mehrheit wie Minderheit sind darin einig, daß die Politik der Schweiz im Rahmen des Völkerbundes fortgesetzt werden müsse.

Verhaftete „Rein-Sager“

Im Saargebiet setzt die Gestapo ihre Nachforschungen nach den „Rein-Sagern“ vom 10. April, deren Zahl, wie eindeutig erwiesen ist, weitaus größer ist als die amtlich mitgeteilte, fort. Täglich werden „Rein-Sager“ den Volksgerichten eingeliefert. Die Verhaftungen erfolgen unauffällig, zumeist in der Nacht, einzeln und ohne Angabe, wohin die Verhafteten gebracht werden, um der Opposition, die im Saargebiet ziemlich stark ist, keinen Auftrieb zu geben. Bisher wurden in Neunkirchen 80, in Saarbrücken-Burbach 75, in Böllingen 70, in Gerweiler 18, in Landsweiler 8 und in Schiffweiler 6 Personen festgenommen. Weitere Verhaftungen von „Rein-Sagern“, „Niesmachern“ und „Drückbergern“ werden für die nächsten Tage erwartet.

Ein SS-Posten von Gefangenen erschlagen

Ein SS-Posten vom Gefangenenlager Buchenwald bei Weimar wurde von zwei Häftlingen während der Außenarbeit ermordet. Die Täter erschlugen den Posten hinterläßt mit einem Spaten und flüchteten unter Teilnahme eines Gewehrs und 30 scharfen Patronen, sowie der selbstgekauften langen Diensthohe des Getöteten. Die Verbrecher trugen Sträflingskleidung. Es wird aber angenommen, daß sie sich inzwischen umgekleidet haben. Das entworfene Gewehr wurde später beim Dorfe Otmannshausen am Nordhang des Etterberges gefunden.

Ruhe in Mexiko

Washington, 19. Mai. An diplomatischen Stellen wird mitgeteilt, daß den letzten Meldungen aus Mexiko zufolge dort vollständige Ruhe herrscht. Die Bevölkerung hält zum Präsidenten Cardenas.

Mexiko, 19. Mai. Präsident Cardenas hat dem Ersuchen des Generals Cedillo stattgegeben und ihn aus der Armee entlassen. Dem General Cedillo werden Aufstandsabsichten nachgesagt.

26 deutsche Offizierskette in Rumänien gefunden

Bei Grabungen im Hofe des Hotels „Splendide“ in Dorohoi in Nordrumänien wurden, wie wir bereits berichteten, 26 Menschenkette freigelegt, die alle Spuren von Gewaltanwendung aufwiesen. Nach dem Gutachten einer gerichtlichen Leichnamkommission handelt es sich bei den Toten durchwegs um junge Leute, die vermutlich während des Weltkrieges in dem Hotel einquartiert waren und von einer Bande ermordet worden sind. Bewohner von Dorohoi berichten, daß die Toten deutsche Offiziere der Armee Madajens waren, die während des Weltkrieges in dem Hotel wohnten und einen gewaltsamen Tod erlitten haben dürften.

